

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftsamt Dresden Nr. 2486. — Stadtgeschäftsamt Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
schluss 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennotizen u. Stellen-
suche. — Schluss der Annahme vor mittags 10 Uhr.

Heitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verlauschnisse von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: J. V. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 130

Dresden, Montag, 8. Juni

1925

England und die Entwaffnungsnote.

Zweipältige Aufnahme in London.

London, 7. Juni.

Soweit man sich hier überaupt schon eine Meinung über die Note der Alliierten gebildet hat, muß die Aufnahme als ausgesprochen zweipältig bezeichnet werden. Die "Times" sprechen die Meinung der konservativen Partei und damit der Regierung aus, wenn sie in ihrem Artikel wiederholten, daß der Inhalt der Note keinerlei unveräußerliche oder übertriebene Forderungen darstelle. Sie nennen sogar die Note äußerst befriedigend. Demgegenüber bestreitet die liberalen Presse, wie "Daily News", "Manchester Guardian" und das Abendblatt "Star", im Namen der gesamten englischen Linken die große Gefahr, die für die abziehenden Sicherheitsverhandlungen und den rechtzeitigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nun mehr bestehen. Selbst im günstigsten Falle der Annahme und der Durchführung der alliierten Forderungen durch Deutschland sei durch die jüngste Beziehung der rechte Gefahr vorhanden, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und den Abschluß der Sicherheitspolitik hinausgeschoben werden. Auch die Behauptung von Verschlüssen selbst wird in den liberalen und Labour-Kreisen zum Teil schärfstenskritisiert; es kann jedoch kein Zweifel darüber gelassen werden, daß man auch in diesen Kreisen im Interesse der Bevölkerung Frankreichs und der Fortsetzung der Sicherheitspakt-Verhandlungen mit Deutschland Erfüllung der Forderungen erhofft. So interessant diese schwere Kritik an der Note ist, so muß man sich in Deutschland hüten, die politische Bedeutung dieser Meinungsverschiedenheiten zu überschätzen. Die Note stellt ein äußerst schwer zuhandengekommenes deutsch-französisches Kompromiß dar. Tatsa., daß die englischen Konservativen im Interesse eines guten Verhältnisses zu Frankreich keine Nachgiebigkeit gegenüber etwaigen deutschen Forderungen zeigen werden, muß ebenfalls als ein bedeutungsvolles Symptom festgestellt werden, daß der einen Teil des Ministeriums, den so genannten Isolationisten, nachdrücklich "Empfehlung" unter dem Titel "Sicherheitspakt" eine Kampagne gegen den Sicherheitspakt eröffnet und sich gegen jede europäische Verpflichtung der Briten mit dem Hinweis auf die verschwindende deutsche Flotte und damit der deutsche Bruch für England wendet.

Eintritt in den Völkerbund und Entwaffnungsnote.

London, 7. Juni.

Die zweipältige Feststellung der gesamten Sonntagspresse zur politischen Situation nach der Überreichung der Note ist die Behauptung des allgemein ausgezeichnet informierten diplomatischen Korrespondenten des konservativen "Observer",

dass entgegen der landläufigen Auffassung in Deutschland die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund dieses Herbst noch nicht völlig ausgeschlossen sei. Nach der Auffassung maßgebender britischer Kreise werde nicht die vollen Durchführung der Entwaffnungsnote als Voraussetzung gefordert werden. Man sei in London der Auffassung, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden könne, falls es bis September allez zur Erfüllung der Note gekommen sei und sich damit formal in dem Zustand der Erfüllung des Friedensvertrages befinden.

Von dem "Times" wird betont, daß im Prinzip auf die Feststellungen der Ent-

die Gründe für ein Verbleiben in Köln nicht als überwältigend zu bezeichnen seien. Deutschland habe zweifellos den Vertrag vorläufig nicht erfüllt; aber ebenso zweifellos sei, daß Deutschland weder für jetzt noch für absehbare Zukunft eine Drohung für den europäischen Frieden darstelle. Es könnte aber kein Zweifel bestehen, daß sich Deutschland mit möglichst geringer Menge ins Unvermeidliche führen müsse.

Trotzdem einzelne Forderungen der Alliierten unveräußerlich, andere kaum zu verwirklichen sein werden, werde Deutschland gut tun, den aufdringlichen Versuch zur schnellen Durchführung der Forderungen zu machen, erstens um den Alliierten, insbesondere den englischen Alliierten, keinen weiteren Vorwand zur Aufrechterhaltung des Beschleunigungs- und der Kompromiss-Entwaffnungsnote zu geben; zweitens um die Fortführungen der Sicherheitsverhandlungen und den rechtzeitigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nun mehr bestehen. Selbst im günstigsten Falle der Annahme und der Durchführung der alliierten Forderungen durch Deutschland sei durch die jüngste Beziehung der rechte Gefahr vorhanden, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und den Abschluß der Sicherheitspolitik hinausgeschoben werden. Auch die Behauptung von Verschlüssen selbst wird in den liberalen und Labour-Kreisen zum Teil schärfstenskritisiert; es kann jedoch kein Zweifel darüber gelassen werden, daß man auch in diesen Kreisen im Interesse der Bevölkerung Frankreichs und der Fortsetzung der Sicherheitspakt-Verhandlungen mit Deutschland Erfüllung der Forderungen erhofft. So interessant diese schwere Kritik an der Note ist, so muß man sich in Deutschland hüten, die politische Bedeutung dieser Meinungsverschiedenheiten zu überschätzen. Die Note stellt ein äußerst schwer zuhandengekommenes deutsch-französisches Kompromiß dar. Tatsa., daß die englischen Konservativen im Interesse eines guten Verhältnisses zu Frankreich keine Nachgiebigkeit gegenüber etwaigen deutschen Forderungen zeigen werden, muß ebenfalls als ein bedeutungsvolles Symptom festgestellt werden, daß der einen Teil des Ministeriums, den so genannten Isolationisten, nachdrücklich "Empfehlung" unter dem Titel "Sicherheitspakt" eine Kampagne gegen den Sicherheitspakt eröffnet und sich gegen jede europäische Verpflichtung der Briten mit dem Hinweis auf die verschwindende deutsche Flotte und damit der deutsche Bruch für England wendet.

Ergänzung des Sicherheitspaktes durch Schiedsgerichtsverträge.

Der Gedankenauftausch zwischen Briand und Chamberlain.

Paris, 7. Juni.

Nach den hier aus Wens vorliegenden Mitteilungen hat dort heute die erste Begegnung zwischen Briand und Chamberlain stattgefunden. Die beiden Außenminister, die entgegen den ursprünglichen Dispositionen die Reise nach Genf gekennzeichnet hatten, haben dort den ersten Gedankenauftausch über den Sicherheitspakt und die damit zusammenhängenden Fragen gehabt. Die Unsicherigkeit der von den französischen Presse gegebenen Interpretation der jüngsten englischen Note, wonach die englische Regierung das Recht Frankreichs zu einem Durchmarsch seiner Truppen durch deutsches Gebiet übernommen habe, wird nunmehr auch von offizieller Seite zugegeben. Die englische Regierung hat in ihrer Note sehr unzweideutig auf die einschlägigen Bestimmungen der Völkerbundakte verwiesen, die das von Frankreich im Falle eines Konflikts geforderte Recht ausdrücklich von einer einzügigen Zustimmung des Völkerbundes abhängig machen.

Die Verhandlungen mit Deutschland können beginnen.

Paris, 8. Juni.

Der Sonderberichterstatter des "Mait" in Genf bestätigt die Nachricht, daß Chamberlain und Briand sich über die Frage des Abschlusses eines Sicherheitspaktes mit Deutschland unterhalten hätten. Die Angelegenheit sei jetzt so weit gebracht, daß nunmehr die Verhandlungen mit Deutschland beginnen könnten. Um die Bedeutung dieser Verhandlungen zu begreifen, sei es notwendig, die Ausführungen auf folgende Punkte zu lenken:

Der reine Sicherheitspakt könne von Frankreich nur angenommen werden, wenn er von Schiedsgerichtsverträgen zwischen Deutschland und Frankreich, Deutschland und Belgien, Deutschland und Polen, sowie Deutschland und der Tschechoslowakei begleitet werde, die von Frankreich garantiert würden. Englands seinerseits, das restlose Garantien gegen jeden Angriff in der Rheinzone wolle, könne nur die Schiedsgerichtsverträge garantieren, die zwischen den Rheinflussstaaten abgeschlossen werden, wobei aber feinerdings mit keinem Staat einen detaillierten Vertrag unterzeichnen.

Ein anderer interessanter Punkt wurde im Laufe der letzten Tage erörtert, nämlich, daß Deutschland in den Völkerbund ein-

um die Befreiung Kölns möglich zu machen. Die britische öffentliche Meinung werde sich ganz für die Erfüllung des binominalen Versprechens einsehen.

Die ungerechtfertigte Verzögerung der Räumung Kölns.

London, 7. Juni.

Die liberale "Westminster-Gazette" schreibt in einem Lellatitel über die alliierte Entwaffnungsnote:

Man könne sehr sehen, wie absurd die Vorwände seien, die für die Verzögerung der Abwendung der Note vorgebracht worden wären. Die Gesamtwirkung der Note sei äußerst ungünstig. Es sei sehr deutlich zu erkennen, daß zwei verschiedene Hände daran gearbeitet hätten. Aber dadurch werde die Willkür für Deutschland keineswegs schmäler.

Die deutschen Äußerungen zur Entwaffnungsnote seien wegen ihrer Zuschaltung bemerkenswert. Aber mehr als dies sei erforderlich. Ein ehrlicher Versuch, die Forderungen der Alliierten auszuüben, so schwer sie auch seien, werde sich für Deutschland handtmäßig bezahlt machen.

Auch das Blatt "Lord Georges", "Daily Chronicle" hofft, daß Deutschland die alliierten Forderungen bald gründlich erfüllen werde. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" bezeichnet die alliierte Note als ein Kompromiß und betont, daß mit der Tatbestellung der deutschen Verzüge als einzige Friedensbedingung die Franzosen ihren Willen durchgesetzt hätten, da man auf britischer Seite der Ansicht sei, daß Deutschland unfähig sei, seine Nachbarn anzugreifen und die noch auf Jahre hinaus kein Frieden bringen.

Die deutschen Äußerungen zur Entwaffnungsnote seien wegen ihrer Zuschaltung bemerkenswert. Aber mehr als dies sei erforderlich. Ein ehrlicher Versuch, die Forderungen der Alliierten auszuüben, so schwer sie auch seien, werde sich für Deutschland handtmäßig bezahlt machen.

Die zweite Note der Mächte an China.

Peking, 7. Juni.

Auf die seinerzeit gemeldete zweite Note des chinesischen Außenwirksamen Amtes zu den Unteren in Shanghai hat der italienische Gesandte als Vertreter der interessierten Mächte eine Antwort gegeben, in der es u. a. heißt:

Die von der chinesischen Regierung gegebenen Nachrichten über den Aufstand sind uns vollständig; denn sie erwähnen nicht die Angriffe, denen Nachbarländer zum Opfer gefallen sind. Die interessierten Mächte werden am 8. Juni eine Delegation, bestehend aus Vertretern der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens usw. zwecks Einleitung einer Untersuchung entsenden.

In der Note wird schließlich wiederholt, daß die Polizei der ausländischen Koncessionszone Befehl habe, von der Waffe nur im Falle eines Angriffs oder unmittelbare Gefahr Gebrauch zu machen.

Japanische Torpedoboote unterwegs.

Tokio, 7. Juni.

Die japanischen Torpedoboote sind nach Shanghai und zwei nach Canton abgezogen worden.

Aufruhr im Konzessionsgebiet.

London, 7. Juni.

Reuter meldet aus Shanghai: Der britische Generalstaatsrat in Tschingting hat gestern telegraphiert: Aufruhr im Konzessionsgebiet. Wenn die Flotte Hilfe bringt?

Auf höchsten Niedrigungen geht berichtet, daß ausländische Studenten der Schule im Konzessionsgebiet geplündert und daß es mit dem Schutz der Ausländer beauftragte chinesische Polizei als vollkommen unzureichend erwies. Der chinesische Oberstabschef erwähnte schließlich nach dem Schutz der lokalen Truppen, welche die Ordnung wieder herstellen. Die Männer und Kinder der Ausländer lebten darauf von den Schiffen, auf denen sie zunächst geflohen waren, wieder an Land zurück.

Nach einer in der vergangenen Nacht einorganisierten Nachtwache ist die Lage wieder eingestillt. Das amerikanische Kreuzfahrtschiff "Paul

gungen verbreitet eine solche Annahme, und die heutige Bürgerschaft ist nicht, wie die Jüngste von 1817, vorwärts, sondern rückwärts. Das hat sie in den letzten Tagen wieder gezeigt, wo ihre Parteien in Eisenach behaupten werten, im dogmatischen zu protestieren, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Farben der alten Bürgerschaft angenommen habe, und die Angehörigkeit eines Bürgerschaftsvereins zum Reichsbanner als unvereinbar mit den bürgerlichen Grundprinzipien zu erklären. Begründet wird diese Einstellung darin, daß das Reichsbanner eine „Zusammensetzung parteipolitischer Bestrebungen“ sei. Dabei begnügt der jungen Herren aber die Logik — oder ist es Mangel an innerer Wahrhaftigkeit? — daß sie die Buzenbürgertum zu den bürgerlichen Organisationen der monarchisch-reaktionären Gruppen nicht als „parteiliche“ Bestätigung ansehen. Und was ist für ein idiotisches Gerude, daß sich das „Reichsbanner“ die alten Farben der Bürgerschaft unterstellt angemessen habe! Für das Reichsbanner sind es die Farben des Deutschen Reiches, die es gegen die reaktionäre Beschämung立ren will, dieselben Farben, unter denen der Reichspräsident Hindenburg geblieben und aufschicklich geschworen hat, daß er die deutsche Reichsversöhnung halten und schützen werde. Wenn Schwarz-Rot-Gold nicht wäre als die Sonderfarbe einer Gruppe von Leuten, die mit der alten Bürgerschaft von 1817 so viel inniglich gemeinsam haben wie etwa Hitler mit dem Kreisfahrt vom Stein, dann braucht man nicht darüber zu reden. Aber Schwarz-Rot-Gold ist die deutsche Farbe schlechtmeg geworden, und anstatt sich darüber zu freuen, daß auch der größte Teil des deutschen Proletariats, das früher immer seine eigenen Farben gern, sich unter diese allgemeine deutsche Farbe stellt, sieht man gründlich beiseite und macht Sonderansprüche geltend. Es ist ja auch gar nicht wahr, daß Schwarz-Rot-Gold die Farbe der „Schlacht nach dem deutschen Kaiserium“ gewesen sei. Das war es gewiß bei vielen, aber die deutlichen Republikaner von 1848, auch in der Bürgerschaft, sind gerade so gut wie die Sozialisten unter diesen Farben verkehrt. Es war eben keine deutsche Farbe, wie der Thionianismus gewisser Professoren glauben machen will, sondern die Farben des Deutschtums an ihm. Das könnte allein schon das deutsche Schicksal regeln. Aber was sollen auch diese Proleten von Verbindungen, von denen nicht viel mehr als ein Artikel mit ihrer Vertretung in die Zeit der militärischen Kämpfe um die deutsche Einheit zurückführen und von denen so viele Schwarz-Rot-Gold als Farben gefordert tragen oder es abstellen haben? Diese Distanzationen missverständlich und vorsätzliche Leute, deren Vaterlandsliebe wir nicht beweisen, die aber sich so verschämt haben, daß sie sich in die Ecke hielten, werden an der Entwicklung der deutschen Geschichte nicht ändern. Wenn wir das zu können, mit uns Geist haben und mitarbeiten. Für die alte Bürgerschaft las das zu. Die heutige tut alles, um es zu verhindern, daß es für sie nicht mehr gilt.

Völkischer Fehmord in Mecklenburg.

Berlin, 7. Juni.
Vor einiger Zeit war in der Nähe von Wismar i. Westen, die Leiche eines jungen Mannes namens Holtz gefunden worden. Nach einer Meldung der „Montagspost“ soll sich ihr herausgestellt haben, daß ein völkischer Fehmord vorliegt. Der Staatsanwalt hat gegen vier Personen Anklage wegen Mordes erhoben.

Völkische Versplitterung in Thüringen.

München, 6. Juni.
Nach einer Mitteilung im „Völkischen Beobachter“, des Hitler-Degens, geht hervor, daß innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung in Thüringen die schärfsten Gegenseiter befinden. Ein Teil von von Hitler ausgelösten Sturmabteilungen will sich dem Befehl Dintlers nicht unterwerfen. Diese Leute haben sich selbstständig gemacht und bewegen dabei Abtreibende und Fahnen der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ Hitler. Der wiederholte Aufruhr, die angeblich gesetzlich geschützten Parteizeichen abzulegen, weigern sie sich nachzuhören, weshalb Hitler die thüringische Landesregierung aufgesfordert hat, gegen diese Leute strafrechtlich vorzugehen.

Deutscher Philologenverbandstag Heidelberg, 5. Juni.

Nach Gruppenversammlungen, in denen Vorträge und Besprechungen sich auf fachwissenschaftliche Fragen, berufliche Angelegenheiten und die Röte des Grenz- und Auslanddeutschlands bezogen, verjüngte man sich im Festsaal der heiligen, am Neckar gelegenen Stadthalle zu einem Begegnungsabend. Beredtanteile, Vorträge, Besprechungen in plausibler Konversation, Gasten und Einheimische in fröhlicher Gemeinschaft schenkten. Der Abend bis zur Übergang vom Akademischen Jahr zum Verbandsstag, der nun Donnerstag und Freitag im Anschluß nehmen wird.

Vertragsabkommen von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung, Br. Hirschstr. 16 — Druck von B. G. Teubner. — Hierzu eine Beilage.

Eruoste Lage in Marokko.

Der amtliche Kriegsbericht

Paris, 7. Juni.
Das meldet aus Fez: Das amtliche Kommuniqué über die Lage in Marokko bestätigt, daß im Westen die feindlichen Einbrüche auf dem rechten Ufer des Boukofastusses anhalten. Westlich von Scheichwan ist eine feindliche Truppenbesetzung zusammengezogen worden. Weiter östlich wurden weitere Truppenansammlungen südlich von Beni Dersou gemeldet. Dort haben sich etwa 3000 Dschihadisten oder Asketen, geführt auf eine Meferte von 6000 Mann und verbrechen mit 9 Geschützen, versammelt. Im mittleren Frontabschnitt sind bedeutende feindliche Kontingente mit Maschinengewehren und Geschützen im Gebiete von Mezrat eingetroffen. Die Verluste, die der Feind am 4. und 5. d. M. erlitten, waren ernst. Im Osten ist die Lage unverändert.

Der Gipfel des Bibanegebirges von den Nislenen besetzt.

Paris, 7. Juni.
Aus Fez wird über die Lage in Marokko gemeldet: Die französischen Truppen erreichten jetzt Karlsruhe Höhe. Die Rückzugnahme mit dem Feinde beweist überall die Überlegenheit der französischen Truppen. Aber man muß die Lage infolge des immer mehr anwachsenden Zahl der feindlichen Krieger, die in den Kampf eintreten, und wegen des intelligenten Gebrauchs der Artillerie, wie sie sich momentan bei der Verteilung des Forts von Agha und Taz zeigt, als ernst betrachten. Es ist scheinbar keine Propaganda der Nislenen im mittleren Bibanegebirge zu brachen, wo Schelben Abd el Aziz eingetroffen sind, in denen zum allgemeinen Aufstand aufgerufen wird. Nach einer Kabarettbildung aus Fez haben die Nislenen den Gipfel des Bibanegebirges besetzt.

Morgen spanisch-französische Konferenz.

Paris, 7. Juni.
Der „Petit Parisien“ bestätigt, daß die in Aussicht genommene spanisch-französische Konferenz, die bereits am kommenden Dienstag in Madrid zusammenstehen soll, in erster Linie der Eröffnung einer gemeinsamen militärischen Aktion gegen das Rif gewidmet sein wird. Es handelt sich vor allem darum, Vereinbarungen zur Durchführung einer strengen Blockade der südlichen Küste Marokkos zu treffen, die nicht nur die Versorgung Abd el Aziz mit Waffen und Munition verhindern, sondern gleichzeitig die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Stämme durch Hunger auf die Rie zwingen soll. Und den Briten über die bleibende militärische Aktion geht hervor, daß die Franzosen am Sonnabend zuerst gezogen würden, zwölf starkbesetzte Positionen auf d. Raum Rif aufzugeben.

Rheinischer Fortbildungskursus des Verbandes deutscher Schriftsteller.

Da Anlehnung an den deutschen Philologenverbandtag läuft vom Mittwoch bis Sonnabend der Rheinische Fortbildungskursus des Verbandes deutscher Geschichtslehrer. Die Vorlesungen handeln die Pfalz, das Rheinland und ab dem Ausgang des Weltkrieges erwachsene Gruppen. Fahrten nach Speyer und Köln werden die Endstunden verstreichen.

Heidelberg, 5. Juni.

Die Haupttagung des Verbandstags wurde gestern früh mit einer Reihe Begehungseröffnungen eröffnet. Vertreter des Reiches, der Landesregierungen, der Universitäten, des Auslanddeutschstums und vieler Gemeinschaften, die in damaliger Arbeitsgemeinschaft über Führung zum Deutschen Philologenverband stehen, befanden ihren Beifall für die Arbeit des Verbandes, ihre Einschätzung der höheren Schule und die Wünsche für den Verband, die höhere Schule und die deutsche Jugend. Ein Jahresbericht gab der Vorsitzende, Geheimerat Dr. Hellmann. Am Nachmittag vereinigte man sich nach einer allgemeinen Ansprache über den Geschäftsbereich in Schloßgarten. Im Schloßgarten wurde das Lied „Die Laune des Verließ“ gespielt und eine Reihe anmutiger Jugendabende geboten. Der Freitag bot 6 Stunden geschäftliche Sitzungen und als Abschluß der Tagung Schloßbeleuchtung und Radarsaft.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten gegen die Personalpolitik der Reichsbahn.

Berlin, 6. Juni.
Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwälter hatte wegen der Personalpolitik der Reichsbahngeellschaft ihren erweiterten Vorstand nach Berlin einberufen. Die aus allen Teilen des Reiches darunter besuchte Tagung nahm eine Entschließung an, in der Protest erhoben wird gegen die Personalpolitik der Reichsbahngeellschaft. Die Deutsche Reichs-

Die latente innerpolitische Krise in Frankreich.

Paris, 7. Juni.

Trotz des weitgehenden Willens zu einer Vereinigung, der in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern des Kartells der Linken vorhanden war, hat die Aussprache die zwischen Galliau und einem großen Teile der Linken bestehenden Differenzen über die Mittel und Wege zur Sanierung der finanziellen Lage nicht zu überwinden vermocht. Man hat sich zwar über mehrere Delikte gegen geeinigt, im Prinzip aber bestehen die Gegensätze zwischen dem Finanzminister und einem großen Teile des Kartells, als dessen Vorführer vor allem Vincent Auriol und Loucheur aufgetreten sind, in unüberwindeter Feindseligkeit fort. Die von den Sozialisten geforderte Vermögensabgabe ist von der Regierung wiederum scharf zurückgewiesen worden. In der Befreiung der von den Sozialisten vertretenen These, daß die von Galliau in Anspruch genommene Sanierung des Budgets politisch zwecklos sei, wenn sie nicht von entsprechenden Maßnahmen zur Kostensparung bez. zum Abbau der schweren Schulden und zur Stabilisierung der Währung begleitet seien, hat Auriol von Loucheur, d. h. von außerordentlich reichen Flügel des Kartells, außerordentlich energisch Unterstüzung gefunden. Tropfend hat auch in dieser Frage Galliau jede ernsthafte Konkession abgelehnt und die Delegation auf die neuen Eillungen bestimmt, die er am nächsten Dienstag in der Kammer abzugeben beabsichtige. Der latente Konflikt, der die innenpolitische Situation seit dem Ausfall der Kommunalwahl kennzeichnet, besteht somit unverminder fort, und es ist anzunehmen, daß er schon in den nächsten Tagen eine entscheidende Zuspaltung erfahren wird. Was die Haltung der Sozialisten bei ist, so sehen diese keineswegs in prinzipieller Opposition zu dem Ministerium Poincaré. Sie wären an sich bereit, diesem die gleiche Unterstützung zu geben, wie sie derzeit von dem Kabinett bestimmt werden, wie dem, wie dem Cabaret von dieser Maßnahme in Eger verboten, bemächtigte sich der zum Fest herbeigekommenen Volksmenge eine große Empörung. Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Pohl bedarf sich zur Polizei und verlangte die Abnahme des Verbotes. Es wurde ihm bedeckt, daß man dies nicht verfügen kann, denn der Aufruhr, die Teilnahme von reichsdeutschen Arbeitern am Festzuge der Turner zu verhindern und das Tagen der Turnermärsche der bayerischen und sächsischen Arbeiterturner zu verhindern, sei vom Ministerium des Innern ausdrücklich verboten worden. Die sächsischen Arbeiterturner verfielen darauf, daß beim Arbeiterturnfest in Leipzig die sächsischen Turnvereine ungehindert in Farben kleideten und ihre Fahnen tragen durften und daß der Gesetz bestand, daß in Frankfurt a. M. wo im Juli die Arbeiter-Olympiade stattfindet, die deutsche Regierung mit einer Kostensparung kommen und den sächsischen Turnen ebenfalls ähnliche Verbote aufzulegen könne. Aber alles war vergeblos, auch eine telegraphische Intervention bei den Regierungsstellen half nichts. Um Abgeordnetenhaus richtete der deutsche sozialdemokratische Volk eine Anfrage an den Innenminister, was dieser im Zukunft zu tun gedenkt, um denartige Verbote zu vermeiden.

die physische Verwandtschaft zwischen Lehrer und Schüler, und die gleiche Bedecktheit der Stimme, welche die intensive Stimmgebung ermöglicht. Der Schulmusikunterricht sollte hierzu in nahe Verbindung mit dem privaten Musikunterricht treten, dessen Ergebnis auf instrumentalem Gebiet zur Belebung und vervollständigung herangezogen werden müßten. — Gel. El. Urteil, Berlin, zeigte in ihrem Vortrag „Die Tonika-Do-Vorlage als Grundlage jedes Musikunterrichts“ in überaus lebendiger, anschaulicher Weise die Vorzüglichkeit dieser Methode. Die praktischen Übungen, welche eine Schar kleiner Sänger und Sängerinnen, von Herrn Kantor Eier der Vortragenden zur Verfügung gestellt, ausführten, waren überzeugende Beispiele von dem Wert der Tonika-Do-Vorlage, die nicht nur im Gefang, sondern auch bei jedem Instrumentalunterricht Anwendung finden sollte.

Am 3. Vortrag „Reform des Musikunterrichts und der Musiklehrer-Bildung“ entwarf Gel. Maria Leo, Berlin, ein eingehendes Bild des Unterrichtswesens für Musik in Preußen, wo ein Erfolg der Regierung die geforderte private Musikerschule unter dem Schutz des Staates stellt. Privatmusiklehrer müssen zulässig die staatliche Unterrichtserlaubnis erwerben. Musikseminare, die nach einer vom Staat genehmigten Seminarordnung die Präfling vorbereiten, sind bereits in vielen Städten entstanden. Diese Maßnahmen der preußischen Regierung bez. des Privatmusikunterrichts wurden freundlich begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch die von den sozialdemokratischen Musiklehrern und Lehrerinnen angekündigte staatliche Aufsicht vom Sachsen Bildungswissenschafts-Ministerium bald in Kraft trete.

Verbot der Teilnahme deutscher Turner an einem Kreisturnfest in Eger.

Eger, 7. Juni.

Am vergangenen Sonntag fand in Eger ein Kreisfest der deutschen Arbeiter-Turnvereine statt. Das Reichsostpolitisches Sonnenministerium hat es festlich gebraucht, ein Fest sozialdemokratischer Turner mit nationalsozialistischen Turnern zu befehligen. Die Staatspolizei in Eger verbot namentlich die Bereitigung reichsdeutschen Arbeiterturnern an. Es bestand die Befürchtung, daß die Nähmung der bayerischen und sächsischen Turner darin bestand, die Fahnen ihrer Fahnen. Nachdem sich das Gericht von dieser Maßnahme in Eger verboten, bemächtigte sich der zum Fest herbeigekommenen Volksmenge eine große Empörung. Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Pohl bedurfte sich zur Polizei und verlangte die Abnahme des Verbotes. Es wurde ihm bedeckt, daß man dies nicht verfügen kann, denn der Aufruhr, die Teilnahme von reichsdeutschen Arbeitern am Festzuge der Turner zu verhindern und das Tagen der Turnermärsche der bayerischen und sächsischen Arbeiterturner zu verhindern, sei vom Ministerium des Innern ausdrücklich verboten worden. Die sächsischen Arbeiterturner verfielen darauf, daß beim Arbeiterturnfest in Leipzig die sächsischen Turnvereine ungehindert in Farben kleideten und ihre Fahnen tragen durften und daß der Gesetz bestand, daß in Frankfurt a. M. wo im Juli die Arbeiter-Olympiade stattfindet, die deutsche Regierung mit einer Kostensparung kommen und den sächsischen Turnen ebenfalls ähnliche Verbote aufzulegen könne. Aber alles war vergeblos, auch eine telegraphische Intervention bei den Regierungsstellen half nichts. Um Abgeordnetenhaus richtete der deutsche sozialdemokratische Volk eine Anfrage an den Innenminister, was dieser im Zukunft zu tun gedenkt, um denartige Verbote zu vermeiden.

Verstärkte Frankenbaisse.

Paris, 7. Juni.

Dem „Petit Parisien“ ist vom Finanzministerium nachstehende Erklärungen zugegangen. Die neue Haushalt des ausländischen Dienstes ist rein spekulativer Natur. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß am Sonnabend die Höfe von New York und London geschlossen waren. Angesichts dieser Haltung der Baisse-Spekulation in französischen Franken ist der Finanzminister gereift, zu intervenieren. Er verfügt über genügende Mittel, um die offensiv abzuwehren. Es wäre unpraktisch, im voraus anzukündigen, ob die Intervention bereits auf dem kommenden Woche erfolgen wird, oder ob das Finanzministerium es vorzieht, daß sich die Banken von Franken noch stärker engagieren. Man muß jedoch die im Umlauf befindlichen Gewichte demontieren, noch eine entsprechende Konsolidierung der französischen Banken zu erzielen. Die Baisse-Spekulationen und ihre Wirkungen auf den Finanzmarkt müssen aufgehoben werden, damit die französischen Banken nicht wieder in die Baisse-Spekulationen verwickelt werden. Es ist zu hoffen, daß die französischen Banken nicht wieder in die Baisse-Spekulationen verwickelt werden.

Die Kabinettsbildung in Belgien.

Brüssel, 7. Juni.

Der Kongress der Arbeiterpartei hat mit 465 000 gegen 108 000 Stimmen bei 22 000 Stimmabstimmungen die Teilnahme der Sozialdemokratie an einem Kreisvertreteramt beschlossen. Der Generalrat der Partei beschloß sich mit der Befreiung der auf die Sozialdemokratie entfallenden Ministerposten in eine Regierung Bourlet und zahlte nach dem „Soi“ folgenden Beschluß: Auswärtiges: Vandervelde; Industrie und Arbeit: Wauters; Eisenbahnen: Anspach; Innere: Laboissiere; Wasserwirtschaft: Camille Hohmann.

Tagung der Musiklehrerinnen.

Dresden, 4. Juni.

Im Anschluß an die XVIII. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Vereins hatte auch der zu ihm gehörige Fachverband der Musiklehrerinnen die Freunde Lehrerinnen aus fast allen größeren Städten Deutschlands in Dresden begrüßen zu können. Die Reihe der Vorträge begann Gel. Dora Brandt-Berlin, Vorsitzende des Verbandes der Frau. gepr. Schul-Musiklehrerinnen mit dem Thema: „Die Frauen im Dienste der Schulmusikpflege.“ Sie betonte die besondere Eignung der Frau für die Musikpflege an weiblichen Lehrerinnen, begründet durch

Amtlicher Teil.

Genehmigte Sammlungen und genehmigter Vertrieb von Gegenständen.

Name des Unternehmers	Sitz	Wohlfahrtszweck	Bezirk und Zeit	Genehmigungsberechtigte
Berein für Ferienkolonien	Leipzig	Geldsammlung zur Fürsorge für fränkische und schwäbische Kinder	Stadtgebiet Leipzig bis 30. September 1925	Kreis, Leipzig
Obrennalsauschuh	Schönau	Hausammlung zur Errichtung eines Kriegesheimatmals	Gemeindebezirk Schönau bis 30. Juni 1925	Kreis, Schönau
Pfarrvorstand zu Liebschwitz mit Lautenbacher Presse	Liebschwitz	Hausammlung zur Beschaffung von Erziehungsbedürfnissen für die Kirche	Pfarrgemeindebezirk bis 30. Juni 1925	Kreis, Schönau
Deutscher Verein für Sonnenblumende	Dresden	Geldsammlung zur Beschaffung von Äckerhunden für Blinde	Gebiet des Freistaats Sachsen durch Belebung von Werbeschreiben, persönlich Werbung und Bekanntmachung von Aufstufen in den täglichen Tagessitzungen	Arbeits- und Wohlfahrtministerium

WL: III L 12

Dresden, am 5. Juni 1925. 1512

Arbeits- und Wohlfahrtministerium.

Bolz-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925 betreffend.

Auf Grund getroffener Vereinbarungen zwischen dem Statistischen Reichsamt und der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn wird wegen der Zahlung der zwar nicht zum Bahnhofsgebäude gehörigen, aber innerhalb der Dienstgebäude der Reichsbahn gelegenen Gewerbebetriebe (Bahnhofsbüros, Buchhandlungen, Reisegelehrte, Zeitungskioske u. a.) sowie wegen der Zahlung der innerhalb der Dienstgebäude befindlichen Haushaltungen folgendes verordnet:

Mit der Durchführung der Zählung der innerhalb der Gebäude der Reichsbahn liegenden Gewerbebetriebe und Haushaltungen sind seitens der Gemeindebehörden im allgemeinen die Stationsoffiziere zu betrauen. Je nach den örtlichen Verhältnissen sollen diese beauftragt sein, einen der ihnen unterstellten Beamten mit der tatsächlichen Durchführung der Zählung zu beauftragen. Die Gemeindebehörden haben dafür Sorge zu tragen, daß die erforderlichen Zählpapiere (Haushaltungskarte, Gewerbebogen, Land- und Forstwirtschaftsbogen) rechtzeitig bei den Stationsvorstehern abgeliefert und dort wieder abgeholt werden (etwa durch den Fahrl. des betreffenden Bezirks).

Um üblichen finden die für die Durchführung der Bolz-, Berufs- und Betriebszählung 1925 bereits erlassenen Verordnungen auch für die Zählung der Gewerbebetriebe und Haushaltungen innerhalb der Dienstgebäude der Reichsbahn Anwendung.

1514

Dresden, am 5. Juni 1925.

Wirtschaftsministerium.

Bei der Wahl zum Vorsitz des Handelsverbandes sind folgende Herren gewählt worden, um zu wahlen:

- a) als Mitglieder:
 - b) als deren Stellvertreter:
 - 1. Hiltzgutbesitzer Dr. Karl Stärker auf Großschönau,
 - 2. Hiltzgutbesitzer Graf v. Hall-Mauront auf Gaußig,
 - 3. Hiltzgutbesitzer Oberleutnant a. D. Grether Grothe auf Oberlichtenau,
 - 4. Hiltzgutbesitzer Graf Adalbert Höhner auf Obernahmawalde in Reichshof-Spremberg.

Bonn, 4. Juni 1925. B.B.I.A. 1491

Die Kreishauptmannschaft.

Das Ministerium des Innern hat den Bezirksteil in Döbeln, Regierung-Medizinalrat Dr. Hoffmann am 1. Juni 1925 zur Kreishauptmannschaft Dresden versetzt und dem Bezirksteil in Marienberg, Regierung-Medizinalrat Dr. Krämer unter dem gleichen Tage die Stelle des Bezirkarztes in Döbeln übertragen. Letzter ist vom Ministerium des Innern als Bezirkarzt in Chemnitz vom 1. Juni 1925 ob Dr. med. Wolf aus Berlin mit der Dienstbezeichnung "Regierung-Medizinalrat" angestellt worden.

Kreishauptmannschaft Leipzig,
1496 am 2. Juni 1925. (II E Bezug 6 n. 14)

Die diesjährige Abrechnung an den Staatsbüro soll öffentlich gegen vorortige Vorzahlung versteigert werden, am 10. Juni 1925; im Amtsgerichtsbezirk Müglitztal ½ 10 Uhr vorm. im Schuhhaus in Müglitztal; im Amtsgerichtsbezirk Döbeln 2 Uhr nachm. im Hofhof zum Schwan in Döbeln; am 11. Juni 1925; im Amtsgerichtsbezirk Döbeln 9 Uhr vorm. im Hofhof zu Eydorf; im Amtsgerichtsbezirk Döbeln 3 Uhr nachm. im Hofhof Stadt Leipzig in Döbeln; am 12. Juni 1925; im Amtsgerichtsbezirk Leipzig 9 Uhr vorm. im Hofhof zu Fischendorf. Streckenzählung und Bedingungen sind zu ertragen in den Amtsgerichtsbezirken und im Straßen- u. Wasser-Bauamt und werden im Termin bekanntgegeben.

Strassen- u. Wasser-Bauamt Döbeln.

9. auf Blatt 8872, betr. die Firma Hans Strasser & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz: Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17. Mai 1925 auf 510 Reichsmark umgestellt und § 5 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden;

10. auf Blatt 9459, betr. die Firma Siegfried Altmannschaft in Chemnitz: Die Firma von Schlichter ist erloschen;

1500

11. auf Blatt 9468, die offene Handelsgesellschaft Dr. Ing. Alfred Tischer, Aktiengesellschaft in Chemnitz, Zweigniederlassung der in Oberlößnitz i. Sa. unter der gleichen Nummer befindenden Gesellschaft. Gesellschafter sind der Rechtsanwalt Dr. Ing. Alfred Tischer in Oberlößnitz und der Kaufmann Walter Gottschald Alfred Klare in Radebeul. Die Gesellschaft hat am 15. Mai 1922 begonnen (Geschäftsführung und Leitung von Bauten, Metallkonstruktionen).

Amtsgericht Chemnitz, Abt. I.

Das im Grundbuche für Weißer Hirsch Blatt 4 auf den Namen Ferdinand Schaefer eingetragene Grundstück soll

am 9. September 1925, vormittags 9 Uhr,

an der Gerichtsstelle, Poststraße 1, I. Sozial 118, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 17,9 Ar gros und auf 85 000 RM. geschätzt (Vorberichtigungssumme 107 100 Mark). Es besteht aus einem Wohn- und Geschäftsbau, einem Schuppen- und Kleintierstallgebäude sowie Hofraum und Garten u. d. Rest im Tresen-Welker Hirsch, Bonner Str. 15.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 129).

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 22. April 1926 verlaubartigen Versteigerungsvorwurfs aus dem Grundbuche nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Nachtrag widerspricht, glaubhaft zu machen, widergenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgelegt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Auftrags das auf 107 des Flurbuchs ist angeblich 35,2 Ar groß und auf 500 RM. geschätzt. Es liegt nördlich vom Kattenberg, unweit der Straße Neustadt-Sölben und wird jetzt als Feld benutzt (alte Bodenlage).

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 26. Januar 1925 verlaubartigen Versteigerungsvorwurfs aus dem Grundbuche nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Nachtrag widerspricht, glaubhaft zu machen, widergenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Gläubiger und den übrigen Rechten nachgelegt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Auftrags die Aufstellung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widergenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Dresden, Abt. III,

den 3. Juni 1925.

Zwecks Aufzehrung der Gebietsgemeinschaft soll das im Grundbuche für Weißer Hirsch Blatt 106 nach auf den Namen Ernst Oswald Grellmann eingetragene Grundstück

am 9. September 1925, vormittags 9.10 Uhr

an der Gerichtsstelle, Poststraße 1, I. Sozial 118, zwangswise versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 4,8 Ar gros und auf 25 000 RM. geschätzt (Vorberichtigungssumme 30 800 Mark). Es besteht aus freistehendem Wohngebäude, einem Hofschuppengebäude mit Wohlfäche, Hofraum und Garten und liegt in Tresen-Welker Hirsch, Poststraße 15.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 120).

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 15. April 1925 verlaubartigen Versteigerungsvorwurfs aus dem Grundbuche nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Nachtrag widerspricht, glaubhaft zu machen, widergenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Gläubiger und den übrigen Rechten nachgelegt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Auftrags die Aufstellung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widergenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Neustadt, Sachsen,

den 29. Mai 1925.

Auf Blatt 381 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Ernst Marx in Blumenau und als deren Inhaber der Kaufmann Ernst Hermann Rudolf Marx in Blumenau eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Metallobjekten.

1502

Amtsgericht Oschersleben, 2. Juni 1925.

Ja das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatt der Firma Bogtlandische Möbelindustrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Blumenau, Nr. 3504: Der Geschäftsführer Carl Wohlert-Hafer ist infolge Abledens ausgeschieden;

b) auf dem Blatt der Firma Alfred Schaff & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Blumenau; Die Firma ist erloschen; die Beteiligungsbefugnis des Liquidators Karl Heitrich ist beendet;

c) auf Blatt 4158: Die Firma Bogt. Wohlert-Hafer ist erloschen;

d) auf Blatt 781: Die Firma Eduard Lehmann in Blumenau ist erloschen;

e) auf Blatt 424: Die Firma Edwin Goldig Säuntertag in Blumenau ist erloschen;

f) auf dem Blatt der Firma Eduard Seidel in Blumenau ist erloschen;

g) auf dem Blatt der Firma Heinrich Eich in Blumenau, Nr. 3363: Der Kaufmann Ernst von Wallenius in Blumenau ist in die Gesellschaft eingetreten, seine Prokura ist erloschen;

h) auf d. m. Blatt der Firma Bruno Müller in Blumenau, Nr. 720: Johannes Sandbold Hugo Kohle ist ausgeschieden; Antonie Elisabeth verehel. Kleinleidner geb. Lindner in Chemnitz ist Inhaberin; sie hat nicht für die im Betriebe des Geschäftes begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers; es gehen auch nicht die in diesem Betriebe begründeten Forderungen auf sie über; die Prokura des Heinrich Richard Hermann ist erloschen;

i) auf Blatt 4446 die Firma Arno Härtner in Blumenau und als Inhaber der Kaufmann Arno Härtner, dient. Angegebener Geschäftszweig u. Geschäftsort: Fabrikation von Spulen, Reichsstraße 35.

1503

Amtsgericht Plauen,

den 6. Juni 1925.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Auftrags die Aufstellung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widergenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Dresden, Abt. III,
den 4. Juni 1925.

Auf dem für die Firma Paul Kleinlein & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Glauchau geführten Blatt 939 des Handelsregisters ist heute ein ertragreicher Betrieb der in Oberlößnitz i. Sa. unter der gleichen Nummer befindenden Gesellschaft. Gesellschafter sind der Rechtsanwalt Dr. Ing. Alfred Tischer in Oberlößnitz und der Kaufmann Walter Gottschald Alfred Klare in Radebeul. Die Gesellschaft hat am 15. Mai 1922 begonnen (Geschäftsführung und Leitung von Bauten, Metallkonstruktionen).

1504

Amtsgericht Chemnitz, Abt. I,
den 4. Juni 1925.

Auf dem für die Firma Paul Kleinlein & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Glauchau geführten Blatt 939 des Handelsregisters ist heute ein ertragreicher Betrieb der in Oberlößnitz i. Sa. unter der gleichen Nummer befindenden Gesellschaft. Gesellschafter sind der Rechtsanwalt Dr. Ing. Alfred Tischer in Oberlößnitz und der Kaufmann Walter Gottschald Alfred Klare in Radebeul. Die Gesellschaft hat am 15. Mai 1922 begonnen (Geschäftsführung und Leitung von Bauten, Metallkonstruktionen).

1505

Amtsgericht Glauchau,
den 6. Juni 1925.

Auf dem für die Firma Paul Kleinlein & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Glauchau geführten Blatt 939 des Handelsregisters ist heute ein ertragreicher Betrieb der in Oberlößnitz i. Sa. unter der gleichen Nummer befindenden Gesellschaft. Gesellschafter sind der Rechtsanwalt Dr. Ing. Alfred Tischer in Oberlößnitz und der Kaufmann Walter Gottschald Alfred Klare in Radebeul. Die Gesellschaft hat am 15. Mai 1922 begonnen (Geschäftsführung und Leitung von Bauten, Metallkonstruktionen).

1506

Amtsgericht Dresden, Abt. III,
den 4. Juni 1925.

Auf dem Grundbuche für Weißer Hirsch Blatt 4 auf den Namen Ferdinand Schaefer eingetragene Grundstück soll

am 17. August 1925, vormittags 12.10 Uhr,

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück besteht aus dem Flurbuch 17,9 Ar gros und auf 85 000 RM. geschätzt (Vorberichtigungssumme 107 100 Mark). Es liegt nördlich vom Kattenberg, unweit der Straße Neustadt-Sölben und wird jetzt als Feld benutzt (alte Bodenlage).

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 26. Januar 1925 verlaubartigen Versteigerungsvorwurfs aus dem Grundbuche nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Nachtrag widerspricht, glaubhaft zu machen, widergenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei

Das im Grundbuche für Schleiden Blatt 1021 auf den Namen Johann Gottlob Willy Schäfer eingetragene Grundstück soll Sonnabend, am 25. Juli 1925, vormittags 10 Uhr, an der Geschäftsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 13,9 Hektar und auf 21.390 M. geschätzt. Es liegt an der Rathenaustraße in Schleiden in der Nähe des Sportplatzes, wobei das Grundstück 98a Abt. B des Flurbuchs für Schleiden und ist mit einem seit Oktober 1923 bewohnten Seitengebäude bebaut. Auf dem Grundstück ruht noch das Oberlastenbuch der Stadtgemeinde Schleiden eine Laft von 462,70 M. Ansiedlerbeläge zur Rathausaufgabe. Zur Landesbrandkasse sind die Gebäude noch nicht eingehängt.

Die Einheit der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem geblieben.

Rechte auf Besitzierung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 5. Juli 1924 verlaubten Versteigerungsvermerks auf dem Grundbuche nicht erheblich waren, spätestens im Versteigerungsstermine vor der Aufforderung zur Ab-

gabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerpricht, glaubhaft zu machen, wörtgenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungsvermöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgelebt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muss vor der Erteilung des Aushangs die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Vermerks herbeizuführen, widrigensfalls für das Recht der Versteigerungsvermerk auf die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Scheibenberg, den 2. Juni 1925.

Amtsgericht.

An das Handelsregister ist heute auf Blatt 56, die Fa. Wolf & Zimmer in Schöneck bei, eingetragen worden: Der Zigarettenfabrikant Kurt Albin Zimmer in Schöneck ist in die Gesellschaft eingetreten.

Amtsgericht Schöneck i. Vogtl.,

den 28. Mai 1925.

Dresden.

Jahrestagung der Deutschen Beamtenhochschulen.

Aus Anlass der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenhochschulen in Dresden soll an Sonnabend im Festsaal des Neuen Rathauses eine Feier statt, der Vertreter des Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden beiwohnen.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Ministerdirektor Dr. D. Dr. Schmidt die höchst eindrückliche Entwicklung der Beamtenhochschulen. Die Bewegung habe sich spontan aus der Beamtenhochschule heraus entwickelt, verbande also nicht ihren Wohlspur der Führung des Staates. In einer Zeit, wo alles zu wanken scheint, setzt sich die Beamtenhochschule ihrer Bedeutung für das Staatsleben bewusst geworden und als Folge sei bei ihr ein geistiges Selbstbewusstsein und eine geistige Selbstkritik zu verzeichnen. Darauf sei der Beschluss zur Gründung von Beamtenhochschulen zu gründen, die die Weiterbildung des Beamten für ihren Dienst am Volke beweisen. Die Beamtenhochschule beruhe auf dem Gedanken der Selbstverwaltung. Sie sei kein Etat für die Hochschulbildung, sei vielmehr Original und sollte Eigenes schöpfen. Von dieser Arbeit werde nicht bloß der einzelne Beamte Gewinn haben, sondern auch der Staat und das Volksgange. Wünschenswert sei, daß die Behörden den Bemühungen Verständnis entgegenbringen.

Ministerialdirektor Dr. Trippse überbrachte die Grüße der Staatsregierung und versicherte, daß das Ministerium auch weiterhin der Bewegung reiges Interesse entgegenbringe werde; er wünsche ihr eine glückliche Weiterentwicklung.

Weitere Begrüßungsansprachen hielten Bürgermeister Dr. Kühl und der Reichsminister a. D. Schiffer.

Der bisherige verdienstvolle Leiter der Dresdner Verwaltungshochschule Prof. Dr. Apelt, der infolge seiner Berufung an die Universität Leipzig Dresden verläßt, wurde zum Ehrenmitglied der Dresdner Akademie ernannt.

Dann hielt Prof. Dr. Rayindra (Münchm) einen Vortrag über

das Berufsbeamtenamt im parlamentarischen Staate.

Er trat der Ausschreibung entgegen, daß sich das Berufsbeamtenamt nach den Umwälzungen des Staates als selbständiger Faktor überstellt habe. Die Rätsel des parlamentarischen Staates liegen jedoch durch das Berufsbeamtenamt ausgleichen. Das schwierige Problem besteht in der richtigen Eingliederung des Berufsbeamtenamtes in den Staat. Die Überzeugung, daß das Berufsbeamtenamt der bestens geeignete

Gemeinschaftsgegenüber den auseinandergehenden Parteieninteressen ist, müsse Gemeinschaft der gesamten Bevölkerung sein. Deshalb müsse rechtsfreie Überparteilichkeit nach allen Seiten gefordert werden. Ein solches Beziehen könnte nur entstehen, wenn es verdient würde. Das Berufsbeamtenamt müsse von dieser Mission überzeugt sein und danach handeln. Die einzelnen Beamtengruppen dürfen sich nicht gegenseitig kontrastieren, weil sonst die Auffassung der Gegner des Berufsbeamtenamtes neue Rüttung gewinne, daß das Berufsbeamtenamt gar nicht die Stellung verdiente, die es beansprucht. Das beste wäre, wenn sich der Berufsbeamte von der aktiven Politik, soweit sie Parteidisziplin sei, überhaupt fernhalte. Mindestens sollten aber Berufsbeamte als Vollzurichter allen politischen Parteien angehören und sich immer ihrer öffentlichen Stellung bewußt bleiben. Als Beweis für Unabhängigkeit des Richters müßte die Unparteilichkeit des Verwaltungsbeamten treten. Diese sei aber nicht bloß eine Angelegenheit der Gelehrten, sondern auch der Erziehung und des Charakters.

* Dresden als Kongressstadt. Wie wir vom Südböhmischen Verlegeramt ersahen, veranstaltet am 12. und 13. September der Sächsische Verlagsverband Leipzig in Dresden eine Ausstellung von Bildern sächsischer Landschaftsphotographien, aber bis noch weiter mitgeteilt werden wird.

* Schwedische Journalisten in Dresden. Wie das Sächsische Verlegeramt mitteilt, soll am 9. und 10. Juni eine Gruppe schwedischer Journalisten auf Einladung der Reichszentrale für Deutsche Verlagswerbung in Dresden und Bad Elster. Es handelt sich um Schriftleiter und Verleiter erster schwedischer Zeitungen, welche die Schweden bieten, daß sie sachlich und gerecht über ihre Reise durch Deutschland berichten.

* Sonderzüge aus Anlaß der Jahrtausendeier der Rheinlande. Wie das Sächsische Verlegeramt mitteilt, hat auf Antrag der Arbeitsgemeinschaft sprachlicher Städte sich die Reichsbahngeellschaft mit der Einlegung von Sonderzügen nach dem Rheinlande während des Sommers aus von Dresden aus drei erläutert. Die Zweckzüge, die nur die 3. Wagenklasse führen, werden von Dresden-Hauptbahnhof über Kiel, Leipzig, Weimar, Kassel, nach Düsseldorf, Köln und Köln am 10. Juli und 1. August, außerdem am 5. August von Leipzig aus verkehren. Die Fährtzeit bei Benutzung dieser Sonderzüge beträgt 33½ Prozent des gewöhnlichen Fahrpreises,

während die Rückfahrt mit jedem beliebigen Zug innerhalb 60 Tagen angeleitet werden kann. Wird bei der Rückfahrt ein D-Zug benutzt, so ist der tarifmäßige Zusatz zu zahlen.

* Kundjunk. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Nach dem Stande vom 1. Juni 1925 sind im Oberpostdirektion bezirk Dresden 32 248 Funkfunkteilnehmer vorhanden.

* Bund Deutscher Bodenreformer. Ortsgruppe Dresden. Offizielle Benennung Mittwoch, den 10. Juni, abends 19½ Uhr im großen Saalzimmer des Bahnhofs Dresden-Kreuz. Der Platz. Rgt. Dr. Häublein vom Arzthilfe-Büroverein Dresden hält einen Vortrag: "Du und dein Heimat".

* Von der Jahresausgabe. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der neu verfaßte Jahresausgabe Film, der unter anderem Bilder von den bisherigen Veranstaltungen der Jahresausgabe aus den Vorjahren bringt, noch bis kommenden Freitag im Prinzen-Theater läuft, und zwar jedesmal zu Beginn der Vorstellungen um 4, 5½ und 6½ Uhr.

* Am künftigen Sonntagabend finden in der kommenden Woche am Dienstag, 9. Juni, abends 7 Uhr, ein Volks- und Operettenabend statt, für Mittwoch, 10. Juni, ist auf nächstmittags 4 Uhr das erste Kinderfest angelegt, während am Freitag, 12. Juni, abends 7 Uhr, eines der beliebtesten, sich rasch eingeschafften Clie-Konzerte stattfindet. Am 2. und 3. Juni wird der vorjährige R. A. Hochbauinspektor Johann Strauß in der Jahresausgabe zwei Konzertreihen leiten aus Anlaß des 100-jährigen Bestehens der Wiener Komponistengesellschaft Strauss. Röhren über diese Konzerte folgt noch.

* Städtische Bücherei und Leihalle (Theaterstraße 11). Wegen Bücherausbuch und Reisemitteln werden die sämtlichen Stellen der Bücherei im Juli und August je auf einige Wochen geschlossen. Die Schließungszeiten der einzelnen Stellen sind jedoch so verteilt, daß alle Leute während der Zeit, wo eine Stelle geschlossen ist, in einer anderen Stelle Bücher entleihen können. Die näheren Bedingungen wolle man auf den Anhänger in den einzelnen Stellen ersehen. Es sind geschlossen:

* Reichstagtagung der demokratischen Bevölkerung Deutschlands in Dresden am 13. und 14. Juni findet im Festsaal des Dresdner Konzerthauses statt. Der erste Tag ist der Delegiertenversammlung gewidmet, Reichstagabgeordneter Otto Schulz: Berlin wird über die Behandlung der Beamtenfragen im Reichstag, Landtagsabgeordneter Klaus: Leipzig über Beamtenfragen im jüdischen Landtag berichten. Den Verhandlungen schließt sich ein von Dresden Demokratischen Verein gegebener Empfangsabend im Saal und Garten des Burgberghotels in Loschwitz an. Sonntag, den 14. Juni, 10 Uhr vormittag findet im Festsaal des Dresdner Konzerthauses eine öffentliche Kundgebung statt, in der sprechen werden: Reichstagabgeordneter Bürgermeister Dr. Kühl: Dresden über "Beamte und Wirtschaft", Reichstagabgeordneter Eisenbahminister Schulz: Berlin über "Beamten und Demokratie", Telegrafenjetzelt: "Die jüdische Brandenburg über Demokratie", Staatsminister Röhr: Braunschweig über "Beamte und Staat". Nachmittags erfolgt eine Fahrt durch die Gemäldegalerie, sowie Besuch der Dresdner Jahresausgabe, Siedlung und Wohnung für Rentner, den 15. Juni, ist eine Tanzfeier der Teilnehmer nach Königstein vorgesehen.

Die Dresdner Deutschnationalen gegen den Sicherheitspoliz.

Der Vorstand der Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei faßte folgende Entschließung, die der deutschnationalen Reichstagssitzung zugeleitet wurde:

Der Vorstand der Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei spricht die Erwartung aus, daß die fraktion schwächliche Kompromisse, die mit nationaler Würde nicht vereinbar sind, unbedingt ablehnt, und insbesondere den sogenannten Sicherheitspoliz, der lediglich auf die Sicherung der Feinde abgestellt ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft. Eine Zustimmung zu Abmachungen, die eine Friedszeit ehemals deutschen Reichsgebietes oder deutschen Sprachgebiets erneuern föhlen oder auf eine weitere Wehrmauerung des Süßfusses hinzuwirken, darf niemals erfolgen.

Tagung des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener (Gas-Tage).

Am 13. und 14. Juni hält der Gas-Tage (Feststaat) des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener im Saale des Logenbaus zu Dresden, Otto-Allee 15, seinen vierjährigen ordentlichen Haupttag ab. Die Tagung beginnt am Sonnabend mit den Berichten der Gauleitung und der Kreisgeschäftsleiter, an die sich am Abend Sonderkonferenzen der fünf Kreise Bayreuth, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau anschließen. Entsprechend der hohen sozialen Aufgabe des Reichsverbandes, zu allen wirtschaftlichen Fragen und Röthen der deutsigen Kriegsopfer Stellung zu nehmen, wird im Mittelpunkt der Sonntagstagung ein Referat stehen: "Die Versorgung und Fürsorge der Kriegsopfer unter besonderer Berücksichtigung der Fortsetzung des Reichsverbandes", gehalten von Paul Klemmer, Beiträger des Verbandes beim Reichsversorgungsgericht Berlin. Der Tagung wird ein Besuch der Dresdner Jahresausgabe, Wohnung und Siedlung folgen.

* Die Reichstagtagung der demokratischen Bevölkerung Deutschlands in Dresden am 13. und 14. Juni findet im Festsaal des Dresdner Konzerthauses statt. Der erste Tag ist der Delegiertenversammlung gewidmet, Reichstagabgeordneter Otto Schulz: Berlin wird über die Behandlung der Beamtenfragen im Reichstag, Landtagsabgeordneter Klaus: Leipzig über Beamtenfragen im jüdischen Landtag berichten. Den Verhandlungen schließt sich ein von Dresden Demokratischen Verein gegebener Empfangsabend im Saal und Garten des Burgberghotels in Loschwitz an. Sonntag, den 14. Juni, 10 Uhr vormittag findet im Festsaal des Dresdner Konzerthauses eine öffentliche Kundgebung statt, in der sprechen werden: Reichstagabgeordneter Bürgermeister Dr. Kühl: Dresden über "Beamte und Wirtschaft", Reichstagabgeordneter Eisenbahminister Schulz: Berlin über "Beamten und Demokratie", Telegrafenjetzelt: "Die jüdische Brandenburg über Demokratie", Staatsminister Röhr: Braunschweig über "Beamte und Staat". Nachmittags erfolgt eine Fahrt durch die Gemäldegalerie, sowie Besuch der Dresdner Jahresausgabe, Siedlung und Wohnung für Rentner, den 15. Juni, ist eine Tanzfeier der Teilnehmer nach Königstein vorgesehen.

Lohnbewegung.

Lohnreduzierung von 36 Prozent für die ergiebigsten Handwerker.

Der Lohnwerkeerverband Mecklenburg empfiehlt seinen Mitgliedern, eine Lohnabsenkung von 36 Prozent vorzunehmen. Da der Begründung heißt es, sie sei nötig, um Handwerker im vorgerückten Alter Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen und um die Röte der Alter zu reduzieren.

Teil des deutschen Sprachgebiets erstreckt, von Ostas bis nach Mitteldeutschland, vom Main bis zur Bodensee und östlich bis nach Nürnberg und Steiermark, so töte er am weitesten im Schwarzwald, Franken und Thüringen, aber auch dort war die gesamte Bewegung innerhalb weniger Monate niedergeschlagen. Jahrtausende Chemnitz, Brixen und Erzgebirge berichten uns von diesen Vorgängen, aber da sie ausschließlich aus den Kreisen der Gelehrten kommen, so sind sie alle mit größter Verachtung zu beurteilen. Auch das Bild der Zeit wurde von dieser Strömung ergriffen und nahm nicht gegen alle für die Bauern Partei, wie auch der folgende Bildaufzug befunden:

Sich macht gut daß aus Hoffnung sich

Der Bauern Hauf zusammen.

Sie wollen sein als Handwerk

Za zu der höllischen Flamme!

Sie wollen Herren sein allein,

All' Güter machen gar gemein!

(Schluß folgt.)

* Mund um Dresden im Wechsel der Jahrtausenden. Neue Folge. Im weiteren Umkreis Sachsen, Schlesien, Erzgebirge, Mitteldeutschland und Sachsen-Anhalt im Aufmaß der Sonnabendsfesten, 50 Tageausläufe, bzw. 130 kleinere Wanderungen von Prof. Dr. Eduard Hartmann, Bartonier W. 2,50. Verlag A. Schleier, Dresden. Dieses eigenartige, praktische Wanderbuchlein bietet eine reiche Auszahlung möglichst begrenztem Raum eine reiche Auszahlung größerer und kleinerer Sitten in den weiteren Umkreis der Dresdner Landschaft. Das Kärtchen, auch die Karte — der Verfasser empfiehlt die Dresdner Umgebungskarte vom Topographischen Institut — dem Reiseführer verschweigt, so die Auszahlung der ländlich-schwäbischen Wege, der für ein jedes Gebiet geeigneten Jahreszeit, knappe, interessante Hinweise auf historische, botanische, faunistische Besonderheiten der jeweiligen Ortschaften, das aber ergänzt dieser Führer in vorzüllicher Weise. G. B.

zu intensiver Bewirtschaftung gezwungen, um das Leben zu fristen, so wurde auch die Röte der Abgaben spürbar, da zugleich der Preis der Lebensmittel rapid sank. Bei dieser wirtschaftlichen Schwäche des Bürgertums genügte der langsame, aber dauernde Druck der Herren, um ihn in die alten, grundherrlichen Verhältnisse zurückzuzwingen; und die Schwäche der Zentralgewalt wie die neu entstehenden Territorialstaaten trugen dazu bei, dieses Verfahren zu erleichtern, wenn nicht gar zu beginnen. Nur an wenigen Stellen, in Norddeutschland oder in den Alpen, behielt der Bauer seine volle Freiheit; sonst aber waren freie Einzelgüter und noch mehr freie Gemeinden Ausnahmeherrschaften. Ganz allgemein wurden im Laufe der Jahre die Höfe und Abgaben der Hintersassen mehr oder weniger willkürlich erhöht, und zwar wooten die Zustände in den kleinen geistlichen Territorien, wo vor allem in der Abtei Kempten, eher seltsamer als in den westlichen. Dieser Trend wurde fast empfunden. Da war der große, der kleine und der Blutzherr zu geben, die Röte der Abgaben bildete eine gründliche Verneinung der Autonomie und Abgrenzung der kleinen Geistlichkeit. Wenn diese auch bei geistiger Entzweitheit der Zentrale gewalt stand, so wurde doch die Gründung einer neuen Röte der Abgaben eine gewisse Erleichterung der Verhältnisse. Wenn diese auch bei geistiger Entzweitheit der Zentrale gewalt stand, so wurde doch die Gründung einer neuen Röte der Abgaben eine gewisse Erleichterung der Verhältnisse.

hundert die letzten Röte der Gemeinfreiheit an Almende, Wald, Jagd und Fischfang verloren, so wurden doch die Erinnerungen daran zäh festgehalten. Auch Dichtung und bildende Kunst taten das ihre, den Bauern mit Sport und Hohn zu übertrüben. Seine Röte und Dummköpfe, seine Unordlichkeit und Falshäthe, seine Unmoralität und Sucht nach Vergnügungen wurden immer und immer wieder mit eindrückender Breite ausgewählt.

Schon seit dem 15. Jahrhundert gab es ununterbrochene Rötebewegungen in Deutschland. Am häufigsten waren die Erhebungen im Südwesten Deutschlands, wo der dicke gründherrliche Adel seinen persönlichen Reaktionen nachdrücklich konnte, weil über ihm keine durchgreifende Zentralgewalt stand. So lange es sich nur um vereinzelte örtliche Ausbrüche gegen gründherrliche Übergriffe handelte, war diese Bewegung nicht gefährlich. Sie wurde erst von dem Augenblick an, wo sie den Verfall machte, ein aus religiösen Motiven erwachsenes Reformprogramm zu verwirklichen, wie es zwisch 1470 der sogenannte Bauer von Kiliashausen versuchte. Um 1500 schien der Zeitpunkt fast gekommen, aber nochmals trat eine Röte als Röte vor dem Sturm ein. Das Gefährliche bestand jedoch darin, daß massenhafte Flugblätter den Bevölkerung glänzende Traumbilder einer allgemeinen Befreiung ihrer Lage vor gaben. Revolutionen bedürfen, um sich vorzubereiten, materiellen Unabhängigkeiten und äußeren Unabhängigkeit, aber sie können dies durchgeführt werden, wenn die Menge durch Vorstellungen eines zu erreichenden Glückszustandes durchaus fanatisch werden, so daß sie realen Erwidungen nicht mehr zu folgen sind. In dieser Röte befand sich die Bauernschaft etwa um das Jahr 1525. Wie heute die extreme Anhäufung eines Hauses von der irischen Klugheit erwartet, so flog damals das Schlagwort von der göttlichen Gerechtigkeit von Mund zu Mund. In ihm ließen alle Wünsche zusammen, und entstieß evangelische Lehren trugen dazu bei, den Ausbruch dieser sozialen Bewegungen zu erleichtern. Wenn auch der Bauernkrieg sich über einen großen

Bund Deutscher Mietervereine.

In Dresden wurde vom 5. bis 8. Juni eine Sitzung des Bundesausschusses des Bundes Deutscher Mietervereine abgehalten, mit der auch ein wichtiger Führerklub durch die Ausstellung "Schauung und Siedlung" verbunden war. Es waren Delegierte aus ganz Deutschland erschienen, auch die sächsische Staatsregierung, die Stadt Dresden und die Gewerkschaften hatten Vertreter entsandt.

Am Sonnabend hielt Prof. Schneegans von der Technischen Hochschule in Dresden einen Vortrag über **Städtebaukunst in England und Deutschland**. Der Redner gelangte zu der Feststellung, daß seit 1900 in England für den Wohnungsbau mehr gebaut ist, als bei uns. Vor allen Dingen legte man sich seit dieser Zeit auf den Bau von Siedlungsgebäuden auf gemeinsamer Grundlage. Diese Anlagen wurden teils von den englischen Behörden, zum Teil auch von Großbürgern gebaut. Sie sind vor allen hygienischen Einrichtungen, großen Parks, Schulen, Bädern, Bibliotheken u. dgl. verfehlt. Das Hauptgewicht legte man auf die Errichtung von Gartenstädten. Diese durften nur 32 000 Einwohner haben. Die Großstädte legten sich auf die Errichtung von Gartenvorstadt, deren Einwohnerzahl unbedeutend ist. Daneben bildeten sich aber aus großer Wohnungsnot geschaffene Städte heraus, die die Errichtung von Kleinwohnungen in sparsamer Weise vornehmen. Die englischen Behörden haben rechtzeitig eingegriffen, um den Grund und Boden vor dem Kapitalismus sicherzustellen. Sie forderten ganz entschieden die Gartenvorstadtbewegung und ließen der zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft Postland auf 990 Jahre zur Verfügung.

Demgegenüber findet man bis vor kurzem in Deutschland keine Förderung des Siedlungsbaus auf gemeinsamer Grundlage. Die Behörden verwendeten ihr Geld lieber zum Bau von Krankenhäusern. In Deutschland hat man von hinten angezogen. Statt Wohnungen zu bauen, in denen die Preise gesenkt werden, hat man Käufe genommen, sie gefordert gemacht und dann wieder in die schlechten Wohnungen geschickt. Die deutschen Behörden blieben tatenlos, weil sie dem Privatbau keine Konkurrenz machen wollten, während in England durch öffentliche Mittel der hygienische Wohnungsbau stark gefördert wurde.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt. Das neuzeitlich geprägte Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Bei uns ist auf diesem Gebiet wenig geschehen. Wenn hat England mehr Kapital als wir, aber wir haben die beste Zeit verpaßt. England hat aber nicht nur Kapital, sondern vor allen Dingen auch die eisernen Willen, die Wohnungskrisen restlos zu besiegen. Das vermissen wir vollkommen bei unseren Behörden. In Deutschland wird viel geschrieben und viel geschrieben, es werden große Statistiken aufgestellt, aber es geschieht wenig, was wirklich hilft. In Deutschland redet man und in England tut man. Wir stehen heute ganz hinteren gegen alle Länder. Es muß sich auch in Deutschland der eigene Willen durchsetzen. Gemeinsam gehört vor Eigentum! Dieser Gedanke muß in einer Form bei unseren Behörden eindringen, denn gerade heute ist nur dort die Kraft vorhanden, die helfen kann.

Am Sonntag sprach Oberregierungsrat Dr. Rusch über

Bodenpolitik.

Er schaltete zunächst die Art und Weise der Aufteilung des Bodens für die Bebauung in der Vergangenheit, die, sowohl aus einem falschen Bodenwert, falschen Bebauungsplänen und Bauvorführungen, paßt zum Kaufmannshaus und damit zur Entwicklung der Bevölkerung und all den weiteren verhängnisvollen Folgen des Weltkrieges hervor. Vor allem legte er dar, wie die fälschliche Grundrente durch die Spekulation aufgestaut wurde, dadurch gleichzeitig eine Überbelastung der Städte mit Hypotheken herbeigeführt wurde, der Grund und Boden mit zum Teil völlig unproduktiven Summen belastet wurde, der Bodenpreis und die Preise ohne inneren Sinn in die Höhe gestiegen wurden und ebensoviel wie eine Kreditnot herbeigeführt wurde, die für den Fortgang der Städtebildung die allerschwersten Nachteile zur Folge hatte. Nur genaue Kontrolle dieser äußerst verwirrten Vorgänge kann das führen, für die Zukunft Bahn einzuschlagen, die uns zu einer Verbesserung des Wohnungswesens führen und die Schäden der Vorliegezeit verhindern. Bünden wir noch den gemeinsamen Wert, ein Bodenwert, das der Spekulation entgegensteht, Bebauungspläne und Bauvorführungen, welche von dem Kaufmann aus der Regel ausgehen, und Kreditbelastung und Kreditgewährung, welche dem Kaufmann in gehörender Weise Rechnung tragen. Ebensofleicht handelt es sich nicht nur um eine Bekämpfung einer vorübergehenden Wohnungskrise, sondern um Schaffung der Grundlagen für eine völlig veränderte Wohnungs- und Siedlungswelt.

Außerdemliches Interesse fand auch der Vortrag des Oberregierungsrats Hoppe vom Landesbauamt über

Die klügste Wohnungswirtschaft.

Der Redner gab der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung dem berechtigten Verlangen des Reichstages, 20 Proz. der Friedensmiete für den Wohnungsbau zu verwenden, nachkommen wird. Dieser Satz müsse mindestens auf 5 Jahre festgelegt werden. Die Aufwertungssteuer für den allgemeinen Bauausgleich müsse von einer sozialfauligen und gerechteren Steuer abgelöst werden.

Die Gebäudeverschuldung sollte als Finanzquelle verwertet werden und zwar durch eine Besteuerung des reinen Bodenwertes, die das Arbeitnehmerwohnhaus am wenigsten belaste, die Villengrundstücke dagegen schon stärker und die Geschäftshäuser am stärksten. Eine solche Steuer entspräche auch den Grundsätzen der staatlichen Gesellschaften und Leistungsfähigkeit. Die Aufwertungssteuer für den Wohnungsbau ließe sich ebenfalls sozial günstiger gestalten. Bei gleichhohen Zielen sollte den Kleinwohnungen ein größerer Prozentsatz für Bebauung und Unterhaltungskosten bewilligt und eine geringere Aufwertungssteuer erhoben werden, während bei größeren Wohnungen mit einem kleinen Aufwertungsprozent für Betriebslosen und Reparaturen angestanden sei, dafür aber eine höhere Aufwertungssteuer zu entrichten wäre. Auf diese Weise würde auch eine bessere Erhaltung der Kleinwohnungshäuser erreicht.

Die Mietpreisbildung müsse vom Meister in die Hand genommen und auf eine vollständig neue Grundlage gestellt werden. Der Haushaltseigner müsse grundsätzlich mit seinem Eigenkapital so wie der Hypothekengläubiger behandel werden. Die Bewertungsermittlung sollte aus Billigkeitsgründen nicht zu knapp bemessen werden. Alles, was der Haushaltseigner darüber hinaus erhält, habe er für das Haus zu verwenden. Das erfordere eine Buchführungspliktheit des Haushalters. Das Zuwidderhandlungsschutz müsse als Strafe die Möglichkeit der Haussanierung durch die Mietvertreter gegeben sein. Für die Finanzierung des Wohnungsbauwesens empfahl der Vortragende die Errichtung eines Wohnungsbauverbands als öffentlich-rechtliche Institute. Weiter forderte er eine Wohnungsgesetzgebung nach englischem und belgischem Muster. Das Ziel der Wohnungspolitik müsse die Durchsetzung des Einfamilienhauses für ganz Deutschland sein. Wie ständen vor den großen Entscheidungen in der Wohnungspolitik? Der Augenblick sei gekommen, wo wir unser Volk an der größten Wohnungskrise zur unumstößlichen Wohnungspolitik führen können. Es heißt aber die Situation klar zu erkennen und mit dem richtigen Ernst an die Dinge heranzugehen.

Das Ergebnis der Beratungen in der Bundesausstellung wunde in folgender

Einführung

niedergelegt:

Die Ungenügsamkeit der jeweiligen Regelungen der deutschen Wohnungswirtschaft und der Mangel jedes Systems für den Wohnungsbau treten tatsächlich erheblicher in Erinnerung. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt werden kann, müssen diese Wohnungen praktisch doch von den Behörden errichtet werden, weil die Höhe der Rendite nach oben beschränkt ist und das Privatkapital nicht gewillt ist, Zukäufe zu leisten. Das durch den Bau entstehenden Verluste werden in vorschriftlicher Weise aus Gemeinde- und Staatssteuern bestreut. Das ist eine Tat allererster Stanges. Es ist schamhaft, daß hier England an der Spitze steht und sein ganzes Interesse der Befriedigung der Wohnungskrise widmet, tote es, was es will.

Die Wohnungskrise ist in England genau wie bei uns aufgetreten, die Bekämpfung wurde aber dort in energetischer Weise in die Hand genommen und anfangs als öffentliche Angelegenheit behandelt.

Der neue Gesetz sieht die Errichtung von 2-3 Millionen Kleinwohnungen vor. Obwohl nach dem Gesetz auch der Privatmarkt mit bestimmt

Die Genfer Arbeitskonferenz.

Genf, 7. Juni.

Die Konvention über die 24-stündige Betriebsruhe in den Glasshütten ist von der Internationalen Arbeitskonferenz in der Schlusskommunikation, welche für die Annahme ein Zweidrittelmehrheit erfordert, mit 68 gegen 37 Stimmen abgelehnt worden. Die Umwandlung der abgelehnten Konvention in eine Gesetzesempfehlung wurde dagegen auch mit 66 gegen 40 Stimmen verworfen, wobei ein Teil der Arbeitgeberseite auch für die Abstimmung stimmte, von der Auslösung aufgehalten, daß die Empfehlung in wenig darüber. In der Weiterbearbeitung der Konvention für die Unfallentlastung konnte der durch die Kommission verschlechterte Text des Entwurfs fast durchweg in seiner ursprünglichen Fassung wiederhergestellt werden. Am Schluß der Einberatung verlangten die Arbeitgebergruppen eine sofortige Abstimmung, um in der nächsten Woche auch die zweite Abstimmung vornehmen zu können. Nach längerer Beratung wurde in diesem Sinne beschlossen und die Konvention mit 52 gegen 44 Stimmen gutgeheissen.

Ein betrügerischer Methodistenbischof.

Kopenhagen, 7. Juni.

Im Dezember hatte die Kopenhagener Polizei den Methodistenbischof für Skandinavien, B. W., unter Betrugsvorwürfen verhaftet. Rundem nunmehr die dänische Gerichtsbehörde alle die befreilichnahmten Bücher und Akten der wohlhabenden Institutionen, denen der Bischof vorstand, durchgesieht hat, hat die öffentliche Verhandlung über ihn begonnen. Zehn Verbreche war bisher eine Bekämpfung der Anklagen, die darauf angingen, daß B. W. die ihm zuvor in Helsingør übergebenen Gedanken für sein und seiner Familie zugunsten seines Lebens verbraucht hat. Von 56 000 in den Sonntagschulen Skandinavien und Amerika für Wiener Kinder gesammelten Kronen sind höchstens 23 000 an diese abgeführt worden; der Rest verblieb in B. W.'s Taschen; gingen an Claus Bonn, den betreuten Filmstudienspieler, als B. W.'s Schwiegersohn, und an andere gute Freunde. Weitere Enttäuschungen sind zu erwarten.

Eine Verschwörung des früheren türkischen Sultans.

London, 8. Juni.

"Morning Post" meldet auf Konstantinopel, daß eine weitverzweigte Verschwörung, die ursprünglich von San Remo aus durch den früheren Sultan organisiert wurde und die den Aufstand gegen die Republik zum Ziel, von dem gezeitenrevolutionären Gerichtshof in Ankara aufgedeckt worden sei. Es sei in 60 Personen, die der Verschwörung beschuldigt seien, in das Gefängnis nach Ankara übergeführt worden. Bei hervorragenden Überläufen hätten Haftsuchungen stattgefunden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Adjutant des Sultans.

Aleine politische Nachrichten.

Berlin, 6. Juni.

Wie verlautet, wird im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Stuttgarter Konzern die Frankfurter Ausgabe der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" demnächst ihr Ertheilnen einstellen. Rückschlüsse im Redaktionsraum und von Angestellten sollen bereits erfolgt sein.

Köln, 7. Juni.

Die von der Besatzungsbehörde ausgesprochene Aussetzung gegen den früheren Oberbürgermeister von Köln Staatsminister a. D. Wallraf ist zurückgezogen worden.

Wien, 7. Juni.

Gestern nachmittag veranstalteten kommunistische arbeitslose Kommunale einen Demonstrationszug durch die Ringstraße. Bei dieser Gelegenheit legten sich mehrere hundert Männer auf die Schienen der Straßenbahn, sodass der Straßenbahnbetrieb in der Ringstraße unterbrochen wurde. Gestern nach einer Stunde gelang es der Sicherheitswache, die Männer zum Räumen der Gleise zu bewegen.

Sofia, 7. Juni.

Der König unterzeichnete das Todesurteil gegen Peteschmied, der in den nächsten Tagen hingerichtet werden wird. Die Todesstrafe gegen Frau Molana und Leger wurde vom König in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt.

Kairo, 7. Juni.

Alle wegen des Mordes an dem Sirdar Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, außer dem Fahrer des Automobils, in dem die Mörder geflüchtet waren, der zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Sindbad, 6. Juni.

Die Regierung von Neusüdwales ist bei den Wahlen unterlegen. Die Arbeiterpartei erhält 46, die Nationalpartei 36 und die Proletarientyp 9 Sitze.

Aus Sachsen.**An die Aussteller zur Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.**

(N.) In der Zeit vom 18. bis 23. Juni d. J. findet in Stuttgart-Gaisbach die 31. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft statt. Nach Mitteilung des Württembergischen Ministeriums des Innern kann die Schümpfung der Ausstellungsbuden gegen Mass- und Raumeneinschränkung erst freigesetzt am dritten Ausstellungstage vorgenommen werden. Es ist deshalb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

Ein neues Umspannwerk der Landesstromversorgung.

(sw) Im weiteren Ausbau des Netzes der sächsischen Landesstromversorgung ist wieder ein bedeutamer Schritt vorwärts getan worden: hierfür wurde das neuerrichtete Umspannwerk Sebnitz vollendet und zugleich mit den 40000 Voltleitung Langburkersdorf - Sebnitz in Betrieb genommen. Das neue Umspannwerk ist über die genannte Leitung an das 40000 Voltnetz der AEG-Versorgung angegeschaltet. Im ganzen sind also von der vierten Schleife 37 Bühnzen wieder im Tempelhofer Flughafen gelandet. Rorgen fährt 4 Uhr erfolgt der Start zur fünften und letzten Schleife, die über Piegisch, Breslau, Frankfurt a. M., Stettin, Gdansk und Koszalin nach Berlin zurückführt. Die Strecke beträgt 1034 km.

Bei den aus Anlaß des "Deutschen Rundfluges" auf dem Tempelhofer Feld in Berlin veranstalteten Schauflügen ist am Sonntag in den frühen Nachmittagsstunden der Apparat D. 380, der längste Teil Stütz- und Schleifflüge vorgeführt hatte, auf den für das Publikum festgehaltener Teil des Feldes abgebrückt und vollständig zerstört worden. Der Pilot ist nicht unerheblich verletzt.

Offene Stellen für Lehrer.

Am 1. Ott. zu bes. eine Stelle für Radelarh. u. Turnlehrer an der Volksschule zu Lausa. Orla. B. Wohnung kann bezahlt werden. Gef. sind mit den erforderlichen Beiträgen bis zum 15. Juli bei dem Bezirksschulrat für Dresden II, Dresden, B. Schulstrasse, 7, I. einzureichen. — An der Forts.- (Fernd.-) Schule zu Schwarzenberg (B) eine Fachlehrerinnenstelle für Haushaltungskundigkeit u. Radelarh. oder Turnen. Bewerbungen bis zum 1. Juli an den Bezirksschulrat zu Schwarzenberg.

Leipzig. Vor dem Gemeinhamen Schöffengericht hatte sich heute der kommunistische Landtagsabgeordnete Lieberasch wegen schwerer Belästigung der Reichswehr, Belästigung des Staatsanwalts Krethko und Belästigung des Eisenbahnoffizienten Beutin in Regis-Breitungen, begangen durch mehrere Artikel in der "Sächsischen Arbeitzeitung", zu verantworten. Lieberasch wurde wegen Belästigung der Reichswehr in Leicht-Göllnitz zu 700 M. wegen Belästigung des Eisenbahnoffizienten Beutin zu 200 M. zusammen 1400 M. Geldstrafe und Publicationsbefehl verurteilt.

Hannover. Der Stadtrat hat mit der Staatslichen Kraftverkehrsgesellschaft, Betriebsstelle Annaberg, einen Vertrag abgeschlossen, wonach in Annaberg bis auf weiteres ein großer Flüssig-

Aushilfschreibkraft
für soforti. gefüllt. Bezahlung nach Taxis. 11482
Amtsgericht Königsbrück.**Städtische Fachgewerbeschule**
für Musterzeichner.

Die neuerrichtete hauptamtliche Lehrerstelle, mit welcher wahrscheinlich die Stellvertretung des Direktors verbunden werden wird, ist zu besetzen. Bewerber müssen gehobene handwerkliche Ausbildung nachvorschreiben können. Weitere Voraussetzung ist die volle Kenntniss der Spulen- und Spindelzeichnung mit ihren Reben- und Hüls-Industrien nach technischer, länderlicher, kommerzieller und berufsgeschichtlicher Seite. Reben entwedernd und technischem Geschäftunterricht auf den Gelehrten der gestalteten und gewebten Spule, der englischen und deutschen Gardine und der Konfektion und Tapiserie muss der Bewerber auch Unterricht altesgeschichtlicher und spurenfunderlicher Art erlernen können.

Die Einreichung erfolgt je nach Alter und Ausbildung in Gemäßheit der Vorschriften des Wirtschaftsministeriums in Gruppe VIII, IX oder X der Bezeichnungserordnung.

Bezüglich unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse und eines Lebenslaufs sind bis zum 15. Juli 1925 einzureichen.

Der Rat — Schulamt — der Kreisstadt Plauen i. B.,
den 3. Juni 1925.

Durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung der Schullehrer der

Energie-Werk, Abt. Farbwerk

Geellschaft mit beschränkter Haftung in Großbothen vom 26. Januar 1924 ist die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft beschlossen und der Unterschied zum Liquidator bestellt worden. Gemäß § 65 Abs. 2 des Gesetzes besteht die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, forderte ich die Gesellschaftsmitglieder hiermit auf, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Sofia, 7. Juni.

Der König unterzeichnete das Todesurteil gegen Peteschmied, der in den nächsten Tagen hingerichtet werden wird. Die Todesstrafe gegen Frau Molana und Leger wurde vom König in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt.

Kairo, 7. Juni.

Die Regierung von Neusüdwales ist bei den Wahlen unterlegen. Die Arbeiterpartei erhält 46, die Nationalpartei 36 und die Proletarientyp 9 Sitze.

An die Aussteller zur Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

(N.) In der Zeit vom 18. bis 23. Juni d. J. findet in Stuttgart-Gaisbach die 31. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft statt. Nach Mitteilung des Württembergischen Ministeriums des Innern kann die Schümpfung der Ausstellungsbuden gegen Mass- und Raumeneinschränkung erst freigesetzt am dritten Ausstellungstage vorgenommen werden. Es ist deshalb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung geschenkt wird, nicht vor der Zeit der Vornahme der zweiten Impfung erschlägt.

halb dringend angezeigt, daß die aus Sachsen nach Stuttgart abfahrenden Ausstellungsbuden erst unmittelbar vor der Abfahrt mit Güterzettel umgepackt werden, damit der Schuh, der den Tieren durch die Impfung